

Zürich, 6. Mai 2020

Fraktionserklärung der SVP

Juchhof-Besetzung: Ein Stadtrat ohne Rückgrat

Wie die Zürcher Exekutive kurz vor der Deadline zur Räumung des besetzten «Juchhof-Areals» vor den radikalen Stimmungsmachern der eigenen Parteien einknickte und die von ihm ausgewiesenen massiven Schäden auf dem Areal ignoriert.

Im Oktober 2019 besetzen Chaoten das Juchhof-Areal. Der Stadtrat verkündete, dass er die Besetzung bis auf Weiteres tolerieren würde, obwohl Sicherheitsrisiken auf dem Gelände an den Gebäuden festgestellt wurden.

Erst ein halbes Jahr später äusserte sich der Stadtrat wieder zur Lage auf dem besetzten Juchhof. In einer Mitteilung kündigte er die Räumung des Areals an und forderte die Besetzer auf das Gelände bis am 24. April um Mitternacht zu verlassen. Als die bevorstehende Räumung bekannt wurde, meldeten die links grünen Parteien ihren Protest an. Im Namen der Besetzerszene forderten SP, Grüne und AL den Stadtrat dazu auf, weiterhin beide Augen vor dem Gesetz zu zu drücken und die illegalen Tätigkeiten auf dem Juchhof zu tolerieren.

Das Rückgrat des Stadtrats hielt dem Druck der extremen Stimmungsmacher in den eigenen Parteien nicht lange stand. Bereits wenige Stunden nach dem Versand der Mitteilung, in der die Räumung nochmals bestätigt wurde, folgte der Kniefall vor der Besetzerszene. So wurde eine weitere Medienmitteilung versandt, in der den Besetzern eine Fristverlängerung von einem Monat gewährt wurde. Auf eine skurrile Art und Weise sagt der Stadtrat im selben Schreiben in dem er die Fristverlängerung gewährt, dass das Areal «keine längerfristige Besetzung» zulasse. Er äussert grosse Bedenken über den Zustand des Areals. Der Boden sänke ab, die Kanalisation sei kaputt und es sei insgesamt zu «sichtbaren Schäden» gekommen. Das sind keine Zustände in denen Menschen in der Stadt Zürich wohnen sollen oder dürfen. Der Mieterverband würde den Stadtrat sofort vor ein Gericht zerren, wenn Menschen in «normalen» städtischen Liegenschaften so leben würden.

Das zweifelhafte Vorgehen des Stadtrats in dieser Angelegenheit lässt viele Fragen offen. Die SVP hat deshalb letzte Woche eine Interpellation eingereicht und fordert nun endlich Klarheit.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Roger Bartholdi
Gemeinderat Stephan Iten

Präsident SVP-Fraktion
Mitglied der Kommission Sicherheitsdepartement/Verkehr

Tel. 076 566 00 66
Tel. 079 763 41 62